

08. März 1908 – vor 105 Jahren gab eine Demonstration amerikanischer Arbeiterinnen den Anstoß für die Einführung eines Internationalen Frauentages (ab 1911), zunächst zu unterschiedlichen Zeitpunkten

14. März 1883 – 130. Todestag von Karl Marx (geb. 05.05.1818)

Linkes Blatt DIE LINKE.

04. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

5. März 2013

Frauen Geschichte Erfahren

Mit roten Kopftüchern für Frauenrechte

Hunderte von Frauen kamen in den Abendstunden des 5. März 1925 zur Auftaktveranstaltung der Internationalen Frauenwoche im Volkspark. Vielfach in roten Kopftüchern erschienen¹, füllten sie den großen Saal bis zum letzten Platz. Verdutzte Gesichter bei dem Massenaufgebot der Polizei angesichts der eindeutigen Demonstration der Frauen. Als Rednerin trat die Landtagsabgeordnete Hedwig Krüger auf, die die versammelten Frauen an die Bedeutung des Internationalen Frauentages erinnerte, den, so die Rednerin, gerade die hallischen Frauen immer begangen haben. Sie erinnerte auch den Frauenprotest gegen den Krieg im August 1914. Damals wagte es Kommissar Miethke, die Frauenversammlung schließen zu lassen und als die Frauen sich sträubten, ließ er sie mit Gewalt aus dem Saal schleppen. In diese Zeit glaubt man sich versetzt, wenn man das Aufgebot von Schupo sieht, dass auch jetzt wieder den Volkspark umlagert. In ihrer Rede prangerte Hedwig Krüger die vorherrschenden schlechten Arbeitsbedingungen und Einkommensverhältnisse an. Dabei machte sie deutlich, dass die Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland und Europa auf Kosten der sozialen Fürsorge gehe. Mit welcher Frechheit die bürgerlichen Parteien vorgehen, zeigt der Gesetzentwurf zum Arbeitsdienstpflichtjahr demzufolge Streikbrecher für einen Tageslohn von 22 Pfennigen herangezogen werden sollen. Die Frauen sollen in die Landwirtschaft kommen, um den Agrariern ihre (schlecht bezahlte) Arbeit zu leisten. Die Kommunistin rief die Frauen auf, für den Achtstundentag, für gleiche Löhne, für den Schutz der Kinder und für die Abschaffung der Strafrechtsparagrafen 218/19 zu

kämpfen und ihre Forderungen offensiv zu vertreten.² Hedwig Krüger war nicht nur in Halle bekannt. Die am 1. April 1882 in Leipzig geborene Tochter von Auguste und August Hennig ist in Halle aufgewachsen, besuchte hier die Mittelschule und über zwei Jahre die Volkshochschule. Sie arbeitete als Schneiderin, Krankenpflegerin und später als Angestellte der AOK. Ob sie jeweils eine entsprechende Berufsausbildung erfahren hat, ist nicht bekannt.

weiter auf Seite -2-



Gregor kommt!

DIE LINKE.
STADTVERBAND HALLE

15. März 2013, ab 18.00 Uhr,
Halle (Saale), im Steintor-Varieté.

Öffentliche Mitgliederversammlung zur
Wahl der Direktkandidatur für den Bundestag
mit Petra Sitte und Gastredner Gregor Gysi

www.dielinke-halle.de

Mit roten Kopftüchern...

Naheliegender erscheint aber, dass sie wie damals nicht unüblich entsprechende absolviert hat.

Ihr Vater, von Beruf Former, schloss sich frühzeitig der SPD an und wurde wegen seiner politischen Einstellung verfolgt. So musste die Familie bereits vor dem Sozialistengesetz die Stadt Dessau verlassen und kam über Leipzig nach Halle. Geprägt durch ihr Elternhaus engagierte sich Hedwig von Jugend an zunächst im Arbeiterbildungsverein. Nachdem das neue Vereinsgesetz Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen ermöglichte, trat sie 1908 in die SPD ein. Als aktive Jugendfunktionärin setzte sie sich für die Förderung der Jugendweihe ein. Während des I. Weltkrieges wechselte sie zur USPD, wurde 1919 mit deren Mandat Mitglied des Arbeiterrates in Halle und im Folgejahr Mitglied der KPD. Die auch frauenpolitisch Engagierte heiratete den Tischler Max Krüger. Frühzeitig verwitwet und kinderlos sorgte Hedwig Krüger, unterstützt durch ihre Mutter, für die vier Kinder ihrer verstorbenen Schwester und einen Sohn ihres Bruders.

Beiden Kommunalwahlen im April 1919 und im Mai 1924 zog Hedwig Krüger mit dem Mandat der USPD bzw. der KPD in das Stadtparlament ein. Beide Mandate legte die Kommunalpolitikerin vorzeitig nieder. Das erste 1921 angesichts der Verurteilung zu einer Haftstrafe wegen ihrer Beteiligung an den Märzkämpfen im Mans-

felder Land. Das zweite wegen des bei den Wahlen am 7. Dezember 1924 in Preußen errungenen Landtagsmandates, das sie bis 1928 ausübte. Im Mai 1924 hatte die Kommunistin auch ein Reichstagsmandat³ errungen. Im Parlament der Stadt Halle arbeitete Hedwig Krüger in fünf Ausschüssen, darunter im Haushaltsausschuss- und in 8 Deputationen. Ihre Aufmerksamkeit gehörte einer Vielzahl von Themen, so u.a. dem Schutz von Müttern und Kindern, der Wahrnehmung öffentlicher Fürsorge, die Erwerbslosenfürsorge insbesondere die Gleichstellung der Erwerbslosenunterstützung für Männer und Frauen sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder auch der Bereitstellung freier Lernmittel an Volksschulen. Neben ihrer parlamentarischen Arbeit engagierte sich Hedwig Krüger in der Roten Hilfe und in der Internationalen Arbeiterhilfe, war ebenso eine gefragte Referentin öffentlicher Versammlungen wie Dozentin der MASCH (marxistische Abend-schule). Ihr besonderes Engagement richtet sich auf das Recht der Frauen auf Arbeit und ihre Gleichbehandlung insbesondere bei der Entlohnung, Erwerbslosenunterstützung und Rentenversicherung. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 arbeitete sie unter falschem Namen als Reisevertreterin für Massage- und Leibhalter bis zu ihrer Verhaftung Anfang November 1934 in Leipzig. Nach Verhören der Gestapo in

Leipzig und Halle wurde sie über das KZ Lichtenburg in das Frauen-KZ Moringen verbracht, wo sie am 13. Dezember ankam. Da, wie die Lagerleitung feststellte, die politische Überzeugung der Kommunistin Hedwig Krüger unverändert sei, wurde ihre Entlassung Ende Mai 1935 abgelehnt. Stattdessen erhielt sie weitere vier Wochen Einzelhaft.

Am 16. Februar 1938 verstarb Hedwig Krüger in Halle an den Folgen ihrer Haft. Ein Gedenkstein auf dem Gertraudenfriedhof Halle erinnert an die Opfer des Faschismus, darunter Hedwig Krüger.

Elke Stolze

1 Vgl. Die hallischen Arbeiterfrauen auf Kampfposten!, in: Klassenkampf, 5. Jg., Nr. 41 vom 6.3.1925. 2 Ebda.

3 Angesichts instabiler politischer Verhältnisse währte die Amtsperiode nur 6 Monate. Schon im Dezember fanden Neuwahlen statt.

Gedenkfeiern im März

**13. März 2013 16 Uhr
für die Opfer des
Blutfreitags im
Volkspark 1925 an der
Gedenktafel in der
Burgstraße/ Ecke Riveufer**

**24. März 2013 11 Uhr
für die Märzgefallenen auf
dem Friedhof
in Ammendorf,
Georgi-Dimitroff-Str.**

Einladung zur Ausstellung
„Der Traum von einem anderen Deutschland“
vom 21. Februar bis 20. März 2013 in der Marktkirche ‘Unser Lieben Frauen’
Halle (Saale).

Im Gedenken an den 70. Jahrestag der Hinrichtung von Mitgliedern der Weißen Rose wird in der Marktkirche ‘Unser lieben Frauen’ die Ausstellung „Der Traum von einem anderen Deutschland“ gezeigt. Texte und Fotos der Ausstellung schildern Inflation und Arbeitslosigkeit während der Weimarer Republik, das Erstarken des Nationalsozialismus und den Widerstand der Weißen Rose.

Zitate beschreiben eine doppelte Entwertung. Der Entwertung des Geldes folgt mit sprunghaft ansteigenden Arbeitslosenzahlen eine Entwertung des Menschen. Das Chaos der Zeit gipfelt in der namenlosen Massenbegeisterung für die Lügen des erstarkenden Nationalsozialismus.

Der Entmenschlichung in der Heimat folgen das Elend und Grauen des Krieges mit durchsickernden Nachrichten von Massenverbrechen an der Front und in Konzentrationslagern.

Der Widerstand der Weißen Rose ist der Ruf des Gewissens, ein nicht hinnehmen wollen, ein Suchen nach Wahrheit, Geist und eine Aufforderung zum Denken.

Die Ausstellung in der Marktkirche ist zu besichtigen:

Februar -

Montag bis Samstag, 11.30 bis 16.00 Uhr

Sonntag 15.00 bis 16.00 Uhr

März -

Montag bis Samstag, 10.00 bis 17.00 Uhr

Sonntag 15.00 bis 17.00 Uhr

(Dr. Petra Sitte) Ich verfolge mit Interesse seit Längerem die Arbeit der Drogenberatungsstelle Halle (drobs) und der Fachstelle für Suchtprävention des Saalekreises. Regelmäßig werde ich auch über Aktivitäten informiert. Dabei ist mir nachstehender Artikel als interessant und informativ aufgefallen. Und laut Fachstelle für Suchtprävention darf dieser Text honorarfrei abgedruckt und nach Bedarf geändert und ergänzt werden. Da wir als Stadtverband der LINKEN die Arbeit von drobs und der Fachstelle unterstützen, wird dieser Artikel in unserem Blatt dokumentiert.

Ich glaubte, ich wäre schuld an der Sucht meiner Eltern.

Kinder aus Suchtfamilien tragen eine Bürde aus Schuld und Scham. Doch es gibt Hoffnung für sie.

Sie haben sich gestritten, Sachen sind durch die Gegend geflogen, es war laut. Das ging meist bis spät in die Nacht hinein, so dass ich kaum schlafen konnte. Marina spricht ruhig, fast ausdruckslos, wenn sie über ihre Kindheit berichtet. Ihre Eltern sind alkoholkrank, beide. Die Sechzehnjährige versucht, jegliche Emotion hinter einer Maske von Coolness zu verstecken. Doch als sie weiterspricht, hört man die Trauer in ihrer Stimme. Manchmal

haben sie mich für irgendwas angegriffen, für was ich gar nicht verantwortlich war. Mit der Zeit habe ich mich in mir selber verkrochen und war immer sehr ruhig. Und immer hatte ich das Gefühl, dass ich daran schuld bin, dass meine Eltern trinken.

Berichte wie der von Marina sind typisch für Kinder suchtkranker Eltern. Sie wachsen in einer spannungsgeladenen Atmosphäre auf und leben in ständiger Unsicherheit, was ihre betrunkenen Eltern im nächsten Moment tun werden. Auf 2,6 Millionen wird die Zahl der Kinder aus Suchtfamilien

von Experten geschätzt. Ca. jedes sechste Kind in Deutschland würde somit im Schatten der Sucht aufwachsen, die meisten davon mit Alkoholikern. Sehr früh übernehmen diese Kinder Verantwortung für die Eltern und springen in die Bresche, wenn die Erwachsenen suchtbedingt ausfallen. Nicht selten erledigen die Kinder den Haushalt und versorgen die kleineren Geschwister. Und oftmals kümmern sie sich so sehr um die Bedürfnisse ihrer Eltern, dass sie darüber verlernen, Kind zu sein. Auch Marina entwickelte feine Antennen und lernte, aus Stimmungen,

Gesten, Nuancen abzulesen, was ihre Eltern brauchten. Vor allem spürte Marina aber eines: Wann ihre Eltern Nachschub brauchten. Wenn man alkoholranke Eltern hat, achtet man immer darauf, dass sie genügend Alkohol haben, damit der Pegel stabil ist, damit die sich nicht auf einmal anders benehmen. Wenn es hart auf hart kam, ging Marina auch schon mal nachts zur Tankstelle, um Hochprozentiges für die Eltern zu besorgen.

Kinder von Suchtkranken schämen sich für ihre Eltern, und versuchen zugleich alles, um sie zu schützen. Niemand außerhalb der Familie soll erfahren, dass Vater oder Mutter ein Suchtproblem haben. So dürfen die Kinder oft keine Freunde mit nach Hause bringen und erzählen notfalls Lügengeschichten, um den Schein der Normalität zu wahren. Innerlich quält sie das Gefühl, anders zu sein als andere Kinder, nicht normal und nicht liebenswert zu sein.

Eine solche Kindheit hinterlässt Spuren in den Seelen der Kinder. Ca. ein Drittel von ihnen entwickelt in der Jugend oder im Erwachsenenalter eine eigene stoffliche Sucht. Ein weiteres Drittel zeigt psychische oder soziale Störungen. Viele Kinder, die mit süchtigen Eltern aufwuchsen, suchen sich wieder einen Süchtigen als Lebenspartner und leben damit das Programm weiter, das sie bereits als Kinder verinnerlicht haben. Doch es gibt Hoffnung für Kinder aus Suchtfamilien. So haben sie gute Chancen, sich trotz widriger Kindheitsumstände relativ gesund zu entwickeln, wenn es in ihrer Umgebung erwachsene Vertrauenspersonen gibt, die sich ihnen zuwenden, ihnen zuhören und ihnen das Gefühl vermitteln, angenommen und wertvoll zu sein. Solche sicheren Bezugspersonen können Großeltern oder andere Verwandte sein, aber auch Lehrer, Erzieherinnen, Eltern von Spielfreunden oder Mitarbeiter von Jugendfreizeitheimen.

Wenn Kinder oder Jugendliche gegenüber einer erwachsenen Vertrauensperson ansprechen, dass es zu Hause ein Suchtproblem gibt, ist es wichtig, dass ihnen geglaubt wird und dass sie Informationen über Sucht erhalten. Sie müssen erfahren, dass Sucht eine Krankheit ist, an der sie keine Schuld haben. Sie brauchen den Zuspruch, dass ihre Eltern keine schlechten Menschen sind. Sie müssen verstehen, dass sie als Kinder den Eltern nicht helfen können und dass es nicht ihre Aufgabe ist, die Sucht zu heilen. Schließlich müssen sie ermutigt werden, dass sie trotz der Suchtkrankheit im Elternhaus das Recht haben, Kind zu sein, zu spielen, die Welt zu entdecken, Freundschaften zu entwickeln und die eigenen Fähigkeiten zu erproben. Diese Infor-

mationen entlasten Kinder, helfen ihnen, Schuld- und Schamgefühle zu überwinden und stärken ihr Selbstwertgefühl. Wenn ihnen erklärt wird, was Sucht ist, hilft dies, Angst abzubauen, weil sie das Verhalten der Eltern dann einordnen können.

Unterstützung in der Stadt Halle und im Landkreis Saalekreis bieten folgende Beratungsstellen:

- Suchtberatungsstelle der Kontext GmbH, Weiße Mauer 52, Merseburg,
E-Mail: suchtberatung.merseburg@t-online.de,
Telefon: 03461/74020
- Suchtberatungsstelle der AWO Halle e. V., Kirchplan 1, Querfurt und Trakehner Str. 20, Halle-Neustadt, E-Mail: suchtberatung@awo-halle-merseburg.de
Telefon: 0345/8057066
- Suchtberatungsstelle der Ev. Stadtmission Halle e. V., Weidenplan 3-5, Halle,
E-Mail: suchtberatung@stadtmission-halle.de,
Telefon 0345/21780
- Jugend- und Drogenberatungsstelle drobs, Moritzzwinger 17, Halle, E-Mail: info@drobs-halle.de,
Telefon: 0345/5170401
- Suchtpräventionsfachkraft des Saalekreises Claudia Hammer, Sixtistr. 16a, Merseburg,
E-Mail: suchtpraevention@awo-halle-merseburg.de,
Telefon: 03461/259206

Lange Zeit erhielten Kinder aus Suchtfamilien in Deutschland wenig Aufmerksamkeit und fielen allzu oft durch die Maschen bestehender Hilfesysteme hindurch. Dies beginnt sich langsam zu ändern. Im Rahmen der Diskussion über die Verbesserung des Kinderschutzes wuchs in den letzten Jahren auch das Bewusstsein, dass in vielen Fällen von Kindesmisshandlung oder Kindesvernachlässigung Suchtprobleme der Eltern die Ursache waren. Für die von familiären Suchtproblemen betroffenen Kinder ist es wichtig, dass Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten und Schulen über die Auswirkungen von Sucht Bescheid wissen und in der Lage sind, für die Kinder emotional da zu sein. Dadurch können sie eine immens wichtige Unterstützung sein und dazu beitragen, dass aus den Kindern von heute nicht die Süchtigen von morgen werden.

Informationen zum Thema gibt es im Internet unter:
www.nacoa.de
www.traudich.nacoa.de
www.kidkit.de

Wechsel von Schavan zu Wanka = Schwanka oder gibt es doch Chancen auf einen Kurswechsel

von Dr. Petra Sitte (MdB)

Die neue Ministerin für Bildung und Forschung wird zunächst für etwa sieben Monate amtieren. Diese Zeit darf nicht nur zur Verwaltung des Bestehenden genutzt werden. Die Probleme in den Politikfeldern brennen unter den Nägeln und dulden kein Zögern. Die neue Ministerin hat die Chance zu einem Kurswechsel, die sie nutzen sollte.

1. Hochschulpakt schnell ausbauen!

Der jetzige Hochschulpakt (HSP) ist bei weitem unterfinanziert sowohl im Hinblick auf die Anzahl Studienplätze wie auch die Finanzierung je Studienplatz. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Studierenden an deutschen Hochschulen exponentiell gestiegen. Im Jahr 2012 waren 2,5 Mio. Studierende eingeschrieben. Aufgrund der gestiegenen Studiennachfrage, der doppelten Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern und die Aussetzung der Wehrpflicht hat sich die Zahl der Studienberechtigten in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Die Studienanfängerquote lag im Jahr 2012 bei 54%.

Die Prognosen der Kultusministerkonferenz und damit auch die Mittelbereitstellung des HSP laufen an der Realität vorbei: Ende letzten Jahres hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) auf Grundlage einer neuen Prognose der KMK(2012) festgestellt, dass die Obergrenze der zu erwartenden zusätzlichen Studienanfänger bereits 2013 überschritten wird. Gegenüber der Beschlusslage des HSP II mit 327.335 zusätzlichen StudienanfängerInnen werden für die Jahre 2011 bis 2015 nun rund 601.388 Studienanfänger mehr erwartet also knapp 275.000 zusätzliche StudienanfängerInnen mehr als im HSP II derzeit finanziert werden.

Darüber hinaus wird die im HSP II festgelegte Finanzobergrenze bereits im Verlauf des Jahres 2014 überschritten werden: Der Bund wird bis 2013 insgesamt 3,627 Mrd. den Ländern zugewiesen haben. Dann verbleiben bis zur vereinbarten Obergrenze (4,842 Mrd.) rund 1,215 Mrd. Bei Annahme der KMK-Prognose(2012) und der geltenden Regeln des HSP II werden für den Ausbau der Studienplätze im Jahr 2014 aber Bundesmittel in Höhe von 1,627 Mrd. nötig. Dies bedeutet, dass bis 2015 vorgesehene Mittel bereits im Laufe des Jahres 2014 aufgebraucht sind!

Wir brauchen eine schnelle Reaktion, wenn die Hochschulen Planungssicherheit für das kommende Jahr 2014 bekommen sollen. Ministerin Wanka sollte sich für eine sofortige Aufstockung des HSP im Rahmen einer Angleichung an die aktuelle Prognose der KMK einsetzen, um jedem/r Studienberechtigten einen Studienplatz zu gewähren. Die Studienplatzfinanzierung im Rahmen des Hochschulpaktes muss den realen Kosten eines Studienplatzes angepasst werden. Dies wären 28.840,-. Der Bundesanteil beträgt damit etwa 14.420,-/Studienplatz. Zudem sollte eine Masterkomponente eingebaut werden, die die reale Durchschnittsdauer eines Studiums abbildet und den Zugang zum Master öffnet. Dabei ist nach Fächergruppen zu unterscheiden, damit auch in kostenintensiveren Studiengängen ausreichend Studienplätze geschaffen werden können. Ministerin Wanka sollte zudem den Ländern deutlich machen, dass diese ihren Eigenanteil erbringen müssen. Es darf nicht zu Kürzungsprogrammen kommen, während die Studierendenzahlen explodieren.

2. Abschaffung des Kooperationsverbotes vorbereiten

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der das Kooperationsverbot von Bund und Ländern ein kleines Stück aufweichen sollte, ist zu Recht im Bundesrat gescheitert. Die enge Formulierung hilft niemandem und erleichtert weder eine nachhaltige Strukturpolitik in der Forschung, noch die dringend notwendigen Investitionen im Bildungsbereich. Amtsvorgängerin Schavan konnte zudem nicht deutlich machen, welches wissenschaftspolitische Konzept sie über die Rosinenpickerei einzelner Kooperationsprojekte von außeruniversitärer und universitärer Forschung hinaus verfolgt. Damit delegitimierte sie ihren eigenen gesetzlichen Vorschlag zusätzlich.

Ministerin Wanka sollte sich angesichts der rot-grün-roten Bundesratsmehrheit schnell in Verhandlungen mit den Ländern über eine weitergehende Öffnung des Kooperationsverbotes begeben und die verbleibenden unionsgeführten Länder ins Boot holen. Vorschläge für grundlegende Formulierungen liegen auf dem Tisch. Die Zeit drängt angesichts des Auslaufens wichtiger Finanzierungsinstrumente wie dem HSP 2020 sowie der wachsenden Probleme im Bereich von Schulen und Kindertagesstätten.

3. Exzellenzinitiative abwickeln, Hochschulen stärken den kooperativen Wissenschaftsföderalismus entwickeln

Angesichts der Ungleichgewichte in der Wissenschaftslandschaft, die die so genannte Exzellenzförderung und der öffentliche wie private Drittmittelboom in den vergangenen Jahren hinterlassen haben, steht die Funktionsfähigkeit des Wissenschaftssystems auf dem Spiel. Wenigen Leuchttürmen im Uni-

versitätsbereich und einer gut ausfinanzierten außeruniversitären Forschungslandschaft steht die Breite der unterfinanzierten Hochschulen in der Fläche gegenüber. Angesichts der einsetzenden Schuldenbremsen in den Ländern werden über die bisher angekündigten Kürzungsrunden in unionsgeführten Ländern wie Sachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern weitere Länder zu Einsparungen im Hochschulbereich gezwungen sein. Weder Drittmittel für die Forschung noch Gelder aus dem HSP 2020 können die wegbrechende Grundfinanzierung ausgleichen, zehren sie doch Eigenmittel der Hochschulen auf. Wer das Wissenschaftssystem stabilisieren will, muss mehr grundständige und langfristige Gelder in die Hochschulen investieren. Der Bund sollte hierzu seinen Beitrag leisten. Die Strategie der Amtsvorgängerin Schavan, mittels der gut ausfinanzierten außeruniversitären Institute Strukturpolitik im Hochschulbereich zu betreiben, sollte Ministerin Wanka beenden. Stattdessen

muss die voraussichtlich im April zu erwartende Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems produktiv genutzt werden, um ein kooperatives System der föderalen Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung zu entwerfen. Dabei müssen die Finanzierungsschlüssel in der Forschungsförderung genauso auf den Prüfstand wie die starken Zuwächse der Helmholtz-, Max-Planck- oder Fraunhofer-Institute. Über die Struktur und den Umfang der Förderung von Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG) wird ebenso zu reden sein wie über die Höhe der Gemeinkostenpauschalen. Wir brauchen eine Debatte über eine nachhaltige Finanzierung von Studienplätzen ebenso wie eine Verstärkung der Investitionsmittel im Hochschulbau sowie in der digitalen und sozialen Infrastruktur der Hochschulen. Da diese Debatte viele Beteiligte kennt und es zu Lösungen in einem hochkomplexen System kommen muss, sollte sie schnell und konstruktiv begonnen werden.

4. Haushaltszuwächse für Bildung und Forschung sichern

Während die Rekordaufwüchse des Ressorts in der Amtszeit von Ministerin Schavan häufig an den realen Herausforderungen vorbei investiert wurden etwa in Projekte wie die Forschungsprämie, das Deutschland-stipendium oder die jetzige Büchergelderhöhung muss ihre Amtsnachfolgerin um diese Zuwächse kämpfen. Auch wenn wie im Haushalt des BMBF nicht alle Potenziale zur Umschichtung ausgereizt sind - etwa im Bereich industrienaher Projektförderung -, so braucht das Ressort auch zukünftig mehr Geld. Die Gestaltung eines offenen Bildungs- und Wissenschaftssystems lässt sich nicht mit stagnierenden Mitteln erreichen. Bereits zum kommenden Haushaltsjahr 2014 sollen die Ausgaben für Hochschulen, für den wissenschaftlichen Nachwuchs sowie die Ausbildungsförderung (BAföG) von gut 6 Mrd. (2013) auf 5,5 Mrd. sinken. Mit einer solchen Absenkung wären dramatische Einschnitte verbunden. Die Erarbeitung des Regierungsentwurfes für das kommende Haushaltsjahr fällt in die Amtszeit von Frau Ministerin Wanka. Sie könnte hier ihre Erfahrungen aus der akademischen Praxis gewinnbringend einsetzen.

Liebe Mitstreiter,

in unserer letzten MV hatten wir u.a. das Problem der drohenden Wasserprivatisierung angesprochen. Unser Landtag hat sich in seiner letzten Sitzung mit den möglichen Auswirkungen der „Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen“ auf die kommunalen Strukturen der Wasserversorgung (Stadtwerke!) befaßt - unsere Abgeordneten appellierten auch zur Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“.

Unter www.right2water.eu.de könnt Ihr die Forderungen der EBI im Internet unterschreiben.

Aufgrund der bereits über 1 200 000 Protest-Unterschriften wurde der 1. Entwurf der Richtlinie im Binnenmarktausschuss des EP zwar etwas „entschärft“, aber die Hauptforderung, den Wasserbereich umfassend aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie zu nehmen, ist noch nicht erfüllt (s.a. Artikel „Kein Zwang zur Wasserprivatisierung“ im ND v. 23./24.02.13). Hinzu kommt, dass lt. Gen. Thomas Händel, Mitgl. des Binnenmarktausschusses des EP, die Richtlinie ohne Diskussion im Parlament verabschiedet werden soll!! Also muß der Druck auf die Mitglieder des EP erhöht werden!!!

Liebe Mitstreiter, beteiligt Euch an der Europäischen Bürgerinitiative und macht sie im Verwandten- und Freundeskreis bekannt!

Ingrid Höpner

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345/20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
28.02.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 14.03.2013

Aus der Stadtratssitzung am 27. Februar

Mit Spannung wurde die Stadtratssitzung erwartet. Im wahrsten Sinne des Wortes gab es im Vorfeld der Stadtratssitzung „Spannungen“ zwischen dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat auf Grund der unterschiedlichen Haltungen zum „Sparberater“ und zum Haushaltsentwurf.

Zum Hintergrund: Der Finanzausschuss hatte anberaumte Sitzungen „abgesetzt“, um der Verwaltung Zeit zu geben, für Möglichkeiten der Nachbesserungen zum Haushalt und Antworten auf Fragen der Stadträte zu bearbeiten. Der Oberbürgermeister hatte aber diesen Beschluss nicht akzeptiert. Die Sitzungen des Finanzausschusses sollten stattfinden. Jedoch waren die Stadträte am 21. und 26. Februar nicht anwesend und die Finanzausschusssitzungen konnten nicht stattfinden. In der Stadtratssitzung wurde ein Kompromiss gefunden: Am 5. März wird es wieder einen Finanzausschuss geben, an dem Stadträte teilnehmen! In der Sitzung sollen die „Risikopositionen des Haushaltes dargestellt werden und es soll einen neuen Sachstand zu neuen Erkenntnissen geben“ – so führte Herr Geier, Finanzdezernent, aus. Bodo Meerheim als Finanzausschussvorsitzender erklärte, dass dieses Angebot des Finanzdezernenten angenommen werde! Ein Kompromiss?! Im Bericht des Oberbürgermeisters versicherte der OB – Herr Dr. Wiegand – ebenfalls, dass die Diskussionen weiter zum Haushalt „laufen“. Er betonte, dass der Stadtrat in den letzten Jahren keine finanzpolitische Verantwortung getragen hat, weil die Stadt sich ständig in der vorläufigen Haushaltsführung befand! Sein Ziel, den Haushalt in der Stadtratssitzung März mit den Stadträten zu verabschieden, stehe! Er appellierte an die Stadträte, Wünsche und Vorstellungen zum Haus-

halt klar zu artikulieren. Er zeigte die nächsten Schritte auf: im Juni 2013 soll die Eröffnungsbilanz folgen, im Juli der doppelseitige Jahresabschluss (2012), im Oktober soll ein Nachtragshaushalt beschlossen werden und im November 2013 soll bereits der Haushalt für das Jahr 2014 verabschiedet werden. Er beendete seinen Bericht mit den Worten: „Es gebe keine Krise, die Stadtpolitik ist im Aufbruch“.

Beschlossen wurde im Stadtrat die Verleihung des Ehrentitels Kammervirtuose an Arkadi Marasch, der seit 2006 erster Konzertmeister der Staatskapelle in Halle ist.

Gesine Haerting (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) legt ihr Stadtratsmandat nieder, dafür wurde Herr Christian Feigl als Nachfolger vereidigt.

Viele Diskussionen gab es zur Vorlage und etlichen Änderungsanträgen zum „Klimaschutzkonzept“ der Stadt Halle (Saale). Beschlossen wurde nun, dass das vorliegende Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis genommen wird. Ein Umsetzungsplan aus dem Maßnahmenprogramm wird erarbeitet und dem Fachausschuss und dem Stadtrat vorgelegt. Im Konzept gibt es eine Reihe von Vorschlägen zur Einsparung von CO₂ zur Verbesserung der Speicherung von Fernwärme und anderes mehr.

Beschlossen wurde der B-Plan Nr. 156, der vorsieht, in Halle-Büschdorf u.a. einen REWE-Markt zu bauen. Auch der Jahresabschluss 2011 der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH wurde ohne Diskussion verabschiedet.

Diskussionen gab es zur Vorlage „Betriebsferien in Kindertagesstätten“. Soll es Betriebsferien geben oder nicht? Diese Frage ist nicht neu und wird seit Jahren immer wieder diskutiert. Die Meinungen

dazu gehen auch in unserer Fraktion sehr weit auseinander. Bodo Meerheim – selbst Vertreter eines Freien Trägers für Kindertagesstätten – hatte erklärt, dass es dort im Sommer keine Betriebsferien gibt. Nach längerer Diskussion wurde der „Kompromiss der Kannbestimmung“, für den Eigenbetrieb Kita die Betriebsferien auf zwei Wochen zu begrenzen, angenommen. Fleißig diskutiert wurde auch zum Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen, der beinhaltet, dass dem Hauptausschuss alle Neueinstellungen ab Gehaltsgruppe E 11 zur Entscheidung vorzulegen sind. Das war bisher nicht so; lediglich Einstellungen ab „Amtsleiter“ mussten in den Hauptausschuss zur Bestätigung. Der Antrag wurde – mit unseren Gegenstimmen – angenommen!

Auch der Antrag von Petra Sitte zur partizipativen Lokalpolitik wurde angenommen. Mit diesem Antrag werden zukünftig die Stadtratsvorlagen und Bebauungspläne so aufbereitet, dass BürgerInnen diese Beschlüsse ganz konkret in Bezug auf Veränderungen in ihrem Wohngebiet auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) nachvollziehen können.

Der Antrag unserer Fraktion, in den Fachausschüssen über die Umsetzung der Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes zur Jahresrechnung der Trainingsschwimmhalle Robert-Koch-Straße zu berichten – wurde angenommen.

Unser gemeinsamer Antrag mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines Maßnahmenplanes zur Reduzierung der Kinderarmut wurde in die Fachausschüsse zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Ute Haupt
Stadträtin